

Die „Arbeiter“ enthält monatlich zwei Nummern, die jeweils am 1. und 15. des Monats erscheinen. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung 20 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 1,80 M., von 20 Exemplaren 3,40 M., von 50 Exemplaren 7,50 M., von 100 Exemplaren 13,50 M., von 200 Exemplaren 24,50 M., von 500 Exemplaren 58,00 M., von 1000 Exemplaren 108,00 M. Der Preis für den Auslandversand ist entsprechend höher. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 54b.

Die „Arbeiter“ enthält monatlich zwei Nummern, die jeweils am 1. und 15. des Monats erscheinen. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung 20 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 1,80 M., von 20 Exemplaren 3,40 M., von 50 Exemplaren 7,50 M., von 100 Exemplaren 13,50 M., von 200 Exemplaren 24,50 M., von 500 Exemplaren 58,00 M., von 1000 Exemplaren 108,00 M. Der Preis für den Auslandversand ist entsprechend höher. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 54b.

Arbeiter

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalkstreik in Nordfrankreich

Kampf gegen Lohnherabsetzung

In der Textilindustrie Nordfrankreichs, die sich vor allem in den Gegenden um Lille und Roubaix konzentriert, stehen die Arbeiter schon seit mehreren Wochen im Streik, um eine Lohnherabsetzung abzumehren. Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Parteien haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Aktionsausschuss der Streikenden hat nunmehr ein Manifest veröffentlicht, in dem die gesamte Arbeiterklasse zum Generalkstreik aufgerufen wird. Vor allen Dingen werden die Eisenbahner aufgefordert, keine Truppen in das Gebiet zu befördern, die zur Unterdrückung des Streiks dienen sollen. Wie die Pariser Morgenblätter melden, ist der Generalkstreik in der Gegend von Lille ziemlich allgemein zur Durchführung gekommen. Die Zahl der Streikenden wird auf 75 000 geschätzt. Auch die Straßenbahner haben im Laufe des Montags die Arbeit eingestellt. Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten, die ruhig verliefen. Der Arbeitsminister hat am Montag Vertreter der Industriellenverbände empfangen, wobei die Industriellen dem Minister die wirtschaftliche Lage auseinandersetzen, die es ihnen nicht erlaube, die Lohnherabsetzung von 20 Centimes wieder rückgängig zu machen. Die Unterredung hatte also keinerlei Ergebnis. Der Minister hat für Mittwoch Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zu sich geladen, um nochmals einen Versöhnungsversuch zu unternehmen. Das Streikkomitee hat im Laufe des Montags den Arbeitern bestimmter, besonders lebenswichtiger Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit gestattet.

Eine Meldung des „Eit-Europe“ sagt über die Ausdehnung der Bewegung: Die Metallarbeiter, die südlichen Beamten und die Arbeiter in Roubaix stellen gleichfalls die Arbeit ein. Während der Straßenbahnverkehr noch aufrechterhalten werden kann, streifen die Steuerzahler und die Lotterigräber, letztere mit Ausnahme von vier Renten, denen das Streikkomitee die Fortsetzung ihrer Tätigkeit gestattet. In Tourcoing ist die Lage fast die gleiche. Am 11. Vormittags mußte hier der gesamte Straßenbahnverkehr eingestellt werden. Auch in Wattrelos ist der Streik allgemein. Der Stadt fehlen am Morgen 2000 Kilogramm Brot, obwohl trotz der Stadtrat Anstalten, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. In Halluin brach ebenfalls der Generalkstreik aus. Der Generalsekretär der Gewerkschaften, Jouhaux, erklärte am Montag in einer Rede, daß sich die Gewerkschaften bemühen werden, auch die Arbeiter der anderen Gebiete zum Streik zu veranlassen.

Machenschaften der Konterrevolution

Die Wiener „Rote Fahne“ veröffentlicht folgendes Dokument:

An die königliche ungarische Gesandtschaft in Wien.

Wien, 1. September 1921.

Die polnische Regierung erlaubt sich durch ihre Gesandtschaft in Wien der königlichen ungarischen Regierung folgendes mitzuteilen:

Da der letzte Kriegsmaterialtransport, bestehend aus vier Waggons mit Gewehren und Munition, die im Auftrag der französischen Gesandtschaft über die Tschechoslowakei verladen wurden, in Brünn mangels genügender Vorkehrungen zurückgehalten wurde, hat die polnische Regierung beschlossen, die folgenden Transporte durch Ungarn rollen zu lassen.

Im Monat September werden nach Polen 150 Waggons Kriegsmaterial, hauptsächlich Sommerkleidung, Mäntel, 11-mm-Gewehrpatronen, Mäntel, 98, und Maschinengewehre, Seltene Schwarzpulver, als „Alteisen“ deklariert, transportiert. Oberst v. Wolf-Schneider vom polnischen Generalstab wird zu dieser Zeit nach Wien kommen, um diesen Transport in Oesterreich zu übernehmen, zu überführen und weiterzuführen, entsprechend dem letzten Abkommen des polnischen Militärattachés mit der königlichen ungarischen Gesandtschaft.

Die polnische Regierung ersucht die königliche ungarische Regierung, diesen Transport auf ungarischem Territorium unter ihren offiziellen Schutz zu nehmen. Oberst v. Wolf-Schneider wird bei seiner Ankunft in Wien der königlichen ungarischen Gesandtschaft alle Aktenstücke, die für das Abrollen der betreffenden 150 Waggons notwendig sind, zur Verfügung stellen.

Eine Gefahr, daß dieser Transport in Oesterreich aufgehalten wird, besteht nicht, da alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherung im Zuge sind.

Prochaska m. p.
Oberst, Militärattaché der polnischen Gesandtschaft.

Das hier wiedergegebene Dokument, das allem Anschein nach echt ist, bestätigt erneut, daß die polnischen und ungarischen Reaktionen im engsten Einvernehmen mit den französischen Militaristen mit aller Fähigkeit daran festhalten, neue militärische Abenteuer im Osten vorzubereiten.

Der Haupthebel dieser konterrevolutionären Aktionen ist Horthyungarn, dem die französische Diplomatie nach wie vor ihren Schutz und ihre Unterstützung anbietet. Aus seiner ganzen reaktionären Einstellung in der Ostpolitik heraus gelangt die französische Diplomatie auf diese Weise dahin, auch die Gesamtpolitik der Entente gegenüber Ungarn zu schwächen. Da einfluß-

reiche militaristische Kreise in Frankreich sich Horthyungarns bedienen, um den Wall der Konterrevolution Rußland gegenüber zu stärken, müssen sie gleichzeitig dem ungarischen Blutregiment in seinem Kampf gegen den Frieden von Trianon den Rücken steifen. Daher die Ohnmacht der Entente diplomatie gegenüber Ungarn, das sich gestützt auf seine französischen Freunde, hohnlachend über die Bestimmungen des Trianoner Friedens in der westungarischen Frage hinwegsetzt. Das konterrevolutionäre Treiben der französischen Militaristen macht so die gesamte Politik der Entente zu einem Gespött der Welt.

Der westungarische Skandal

Die Alliierten und Westungarn

GE. London, 13. September.

Reuter bemerkt zu der letzten ungarischen Note an die Alliierten, die Note habe in den Kreisen der Alliierten einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Man sei hier nicht der Auffassung, daß irgendwelche Ursachen vorliegen, mit Ungarn in Diskussionen einzutreten. Denn es habe, gemäß dem Vertrage von Trianon, Westungarn zu räumen. Die Alliierten sind entschlossen, die Erfüllung dieser Verpflichtung von Ungarn zu verlangen. Die von Ungarn derzuletzt bezögerte der Räumung sei die ungarische Regierung in einem sehr schlechten Licht und lasse Zweifel an ihrem guten Willen aufkommen.

Ein tschechischer Protest

Prag, 12. September.

Der Minister des Auswärtigen, Dr. Beneš, hat Montag früh an die Botschafterkonferenz eine Note über die Ereignisse in Westungarn gerichtet. Die Note ist gleichzeitig an die Regierungen der Großmächte gesandt und der rumänischen und der südslawischen Regierung mitgeteilt worden. Die Note lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Ereignisse in Westungarn und bemerkt, daß die tschechoslowakische Regierung, ohne sofort untersuchen zu wollen, wen die direkte Verantwortung trifft, mit Recht beunruhigt sei und die Lage für vollkommen unerträglich halte. Dieser Zustand sei für den europäischen Frieden sehr gefährlich. Die tschechoslowakische Regierung ersucht die Konferenz um Maßnahmen, welche den anarchischen Zustand endgültig beenden würden, der durch Interventionen bewirkt sei, die der Minister für den Augenblick nicht bei dem wahren Namen nennen wolle. Dieser Zustand würde, wenn er sich auch nur um einen einzigen Tag verlängern sollte, die schwierige Friedensarbeit noch mehr erschweren. Die tschechoslowakische Regierung habe sich in die westungarischen Angelegenheiten nicht eingemischt und werde dies bei dem gegenwärtigen Stande auch nicht tun, doch dürfe nicht die Ansicht aufkommen, daß derartige Aktionen ohne Furcht vor Strafe unternommen werden könnten. Die Note versichert schließlich, daß die tschechoslowakische Regierung nichts ohne vollkommene Zustimmung der Botschafterkonferenz und der unmittelbaren Beteiligten unternehmen werde.

Die Haltung Italiens

GE. Paris, 13. September.

Reuter macht davon Mitteilung, daß der italienische Außenminister Della Torretta eine Erklärung abgegeben habe, daß eine militärische Intervention der Alliierten erfolgen könnte, und zwar durch ein Armeekorps, das zu drei bis vier Jünierten aus Italienern, zum Rest aus Engländern oder Franzosen bestehen könnte. Doch wäre eine derartige Maßnahme in Italien nicht populär. Es müsse auf jeden Fall eine bewaffnete Intervention der Kleinen Entente verhindert werden, weil dadurch die Interessen Italiens gefährdet werden könnten. Man glaube zwar in Wien nicht, daß der Druck auf Ungarn rasch und wirksam ausgeübt werden wird, doch werde sich Ungarn der Gewalt beugen. Wenn man keine Intervention der Großen oder der Kleinen Entente in militärischer Hinsicht wolle, müsse man Maßnahmen gegen Ungarn treffen, die wirksam wären, wie die Einstellung des Eisenbahnverkehrs oder die Beschlagnahme der für Ungarn bestimmten Waffen.

Die offenbar offiziös inspirierten Äußerungen Reuters machen keinen sehr erhebenden Eindruck. Wenn auch immer wieder versichert wird, daß die Alliierten entschlossen seien, die Erfüllung der Verpflichtungen des Trianoner Friedens von Ungarn zu verlangen, so zeigt die ganze Haltung der Entente gegenüber Ungarn, daß sie weder willens noch fähig ist, gegen das räuberische Vorgehen Horthyungarns gegen Oesterreich einzuschreiten. Der Grund dafür liegt offensichtlich in der Sonderpolitik, die Frankreich auch in der ungarischen Frage betreibt, und die in England nicht den genügenden Widerstand findet. Lediglich Italien ist, wie die Äußerungen des italienischen Außenministers zeigen, zu schärferen Maßnahmen gegen Ungarn bereit, da es mit Recht befürchtet, daß die zweideutige Haltung der Entente die allgemeine Stellung der Alliierten im Osten außerordentlich schwächen und die „kleine Entente“ zu einem kläglichem Vorgehen gegen Ungarn veranlassen würde.

Die Arbeiterbewegung in der Schweiz

Die einst wegen ihrer Freiheit gepriesene Schweiz ist längst zu einem Hort der bürgerlichen Reaktion geworden. Nur schwach verhüllt eine demokratische Verfassung die dort herrschende brutale Diktatur der Bourgeoisie. Aber nun soll auch der letzte Schein fallen: die in Vorbereitung befindliche Verfassung will die letzten verfassungsmäßigen Freiheiten der Arbeiterklasse aufheben und diese unter ein Ausnahmegericht stellen.

In welchen Verhältnissen findet diese Entwicklung die schweizerische Arbeiterbewegung vor? Noch ruht in ihr die auf Gebot Moskauer im vorigen Jahre erfolgte Spaltung nach. Zwar haben die Kommunisten nur schwache Teile der alten Partei an sich reihen können, aber die inneren Kämpfe haben doch zu einer allgemeinen Schwächung der Arbeiterbewegung geführt. Der notwendige Neuaufbau hat viele Kräfte verzehrt. Vor allen Dingen aber hat der politische Einfluß der Arbeiterklasse durch die Zerrissenheit gebüßt und ihre Entwicklung gehemmt.

Zwei Ereignisse der letzten Tage sind symptomatisch: der am 3. und 4. September in Luzern abgehaltene sozialdemokratische Parteitag und die in den gleichen Tagen erfolgte Spaltung der kommunistischen Organisation Basel. Zeigte der sozialistische Parteitag schon äußerlich durch seinen ungewöhnlich starken Besuch — es waren weit über 300 Delegierte aus dem ganzen Lande erschienen — ein Bild neuer Sammlung und lebendiger Kraft, so umgekehrt die Zerreißen der kommunistischen Partei ein Bild des Zerfalls und der Auflösung. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß die kommunistische Bewegung in der Schweiz überhaupt nur sehr schwach Fuß zu fassen vermochte und nach dem von einem Schweizer Delegierten auf dem kommunistischen Parteitag in Jena erstatteten Bericht nur etwa 7000 bis 8000 Mitglieder umfaßt. Diese neue Spaltung erfolgte im Anschluß an eine Besprechung des dritten Moskauer Kongresses, zu der von dem kommunistischen Regierungsrat Schneider, der seinerzeit vor Halle auch in einer Berliner Funktionärerversammlung so leidenschaftlich für den Anschluß eingetreten ist, eine Resolution vorgelegt hatte, die die vom dritten Kongreß aufgestellten Grundsätze begründete und deren Sinn dahin deutete, daß

1. die proletarische Weltrevolution ein Prozeß von voraussichtlich längerer Dauer ist, dem eine auf die Tatsache eingestellte Taktik zu entsprechen hat, soll das revolutionäre Proletariat nicht lähmende Niederlagen erleiden;
2. die proletarische Revolution nur das Werk der Mehrheit des Proletariats sein kann und die Theorie von der aktiven Minderheit zu verworfen ist;
3. der Kongreß die russische Taktik verwirft, die Notwendigkeit der revolutionären Schulung und Erziehung anerkennt, die Aktionen um der Aktionen willen ablehnt, und den Charakter der revolutionären Arbeiterbewegung als einer Massenbewegung scharf zum Ausdruck bringt;
4. den kommunistischen Parteien die Verpflichtung auferlegt, zu den und in die Massen zu gehen und zu versuchen, ihr Vertrauen durch eine konsequente, auf das alleinige Interesse der proletarischen Masse gestützte Politik zu erwerben.

Diese Klaren und zutreffenden Folgerungen ließ die von der Mehrheit der Partei vorgelegte Resolution hingegen vermissen. Zwar lehnte sie im Gegensatz zu dem in Jena angenommenen Beschluß die Putschtaktik deutlich ab, ohne aber die Notwendigkeit der vollständigen Revision ihrer politischen Haltung anzuerkennen. Gleichzeitig wurde die Reinigung von allen zentristischen und opportunistischen Tendenzen gefordert.

Die Auseinandersetzung über diese beiden Resolutionen wurde mit großer Erregung geführt. Diese steigerte sich zum Tumult, als ein Geneserfreund von Schneider behauptete, daß die Verräter nicht in der Opposition, wohl aber auf der anderen Seite lägen. Mehrere Kommunisten stürzten mit erhobenen Händen auf den Sprecher ein, und nur unter Aufwand großer Mühe konnte eine regelrechte Prügelei verhindert werden. In diesem allgemeinen Tumult forderte Schneider seine Anhänger zum Verlassen des Saales auf. Etwa 60 bis 80 Mitglieder folgten ihm. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab bei 21 Enthaltungen 349 Stimmen für die Resolution des Parteivorstandes und noch 5 Stimmen für die Resolution der Opposition.

So findet der in Moskau ausgestoßene Ruf: „Heran an die Massen“ bei den Kommunisten keine praktische Verwirklichung. Durch den Ausschluß der Oppositionsführer glaubte der Parteitag in Jena eine solche Entwicklung in der kommunistischen Partei abgewendet zu haben, aber wer den Verhandlungen in Jena gefolgt ist, der weiß, daß damit der Konflikt nur verschoben worden ist. Die noch bestehenden Gegensätze traten in den Verhandlungen wiederholt scharf hervor, und jeder Tag spitzt sie aufs neue zu. Demgegenüber war der Parteitag der Sozialisten in Luzern von einem feurigen Willen zur Einheit und Einigkeit beherrscht. Nicht nur im nationalen, sondern besonders im internationalen Sinne. Das zeigt schlagend der gegen 13 Stimmen gefasste Beschluß auf Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft sozialistischer

